Digitales Brandenburg

hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

Der Krieg von 1806 und 1807

Der Feldzug in Polen - Mit einer Uebersichtskarte und 8 Skizzen

Lettow-Vorbeck, Oscar von

Berlin, 1893

Kapitel VI. Ereignisse auf dem Nebenkriegsschauplatz Schlesien und im königlichen Hauptquartier bis zum Januar 1807.

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-7312

Visual Library

Kapitel VI.

Ereignisse auf dem Nebenkriegsschauplatz Schlesien und im Königlichen Hauptquartier bis zum Januar 1807.

Bedeutung Schlesiens bei der Kriegslage Ende 1806.

Die Bedeutung Schlesiens lag in seiner flankirenden Lage zu den rückwärtigen Verbindungen der in Polen befindlichen französischen Armee und in seiner Nachbarschaft zu Oesterreich. Wollte Kaiser Franz sich noch zum Kriege gegen Frankreich entschließen, so mußte es von größter Bedeutung sein, in wessen Hand sich die Provinz befand. Erwägungen dieser Art mögen es gewesen sein, welche Napoleon bestimmten, die bayerischen und württembergischen Kontingente gleichzeitig mit dem Vormarsch nach Posen auf Glogau zu dirigiren. Dieselben Umstände hätten auf preußischer Seite Veranlassung geben müssen, die in Schlesien vorhandenen Streitkräfte von etwa 17 000 Mann (6 Linien-Bataillone, 13 dritte Bataillone, 8 Infanterie-, 13 Kavallerie-Depots, 1 Bataillon Feldartillerie, 7 Kompagnien Festungsartillerie und 3 Mineur-Kompagnien) in jeder Weise zu vermehren. Bei der großen Zahl der von der Armee eintreffenden Ranzionirten, dem Opfermuth und dem vortrefflichen patriotischen Geiste der Bevölkerung hätte sich Vieles leisten lassen. Sicherlich konnten sämmtliche Festungen und damit die Provinz erfolgreich behauptet werden. Bei der zeitweiligen Entsendung bayerischer Truppen nach Kalisch war ein Erfolg im freien Felde gegen die vor Glogau, später vor Breslau befindlichen Süddeutschen nicht ausgeschlossen. Wie weit solche Ergebnisse auf die Kriegführung bei der Hauptarmee und auf politischem Gebiete von Einfluß hätten seien können, mag unerörtert bleiben, da man von einem solchen Ziele viel zu weit entfernt blieb. Vor Allem hätte es zur Erreichung desselben energischer, that-

kräftiger Männer bedurft; an diesen fehlte es an den leitenden Stellen aber ebenso wie überall zu damaliger Zeit in Preußen.

Die leitenden Personen in Schlesien und ihre Anschauungen.

Die erste militärische Persönlichkeit in der Provinz war der Generalmajor v. Lindener. Derselbe brachte bereits zur Zeit, als sich die preußische Armee in der thüringischen Ebene sammelte, bei dem Minister von Schlesien, Grafen Hoym, die Errichtung der durch Kabinetsordre vom Jahre vorher angeordneten Landreserve-Bataillone zur Sprache, erfuhr aber eine entschiedene Ablehnung. Ein Befehl für die Armirung der Festungen blieb trotz einer bezüglichen Anfrage beim Ingenieur-Departement aus, bis endlich am 19. Oktober die amtliche Nachricht von den Niederlagen an der Saale allgemeine Bestätigung hervorrief. Graf Hoym hielt Alles für verloren und glaubte, daß alle weiteren Anstrengungen umsonst seien. Um so mehr muß es anerkannt werden, daß General v. Lindener in diesem Zeitpunkt auf eigene Verantwortung die nothwendigen Befehle für die Armirung der Festungen gab. Die amtliche Anweisung hierzu traf aus Berlin für Glogau am 20. und für die übrigen Festungen erst am 23. und 24. ein. Das selbständige Vorgehen des Generals erhielt in einem königlichen Schreiben vom 25. Oktober die vollste Billigung und Anerkennung, und der König überließ ihm, für die weitere Erreichung dieses Zweckes alle Mittel in Anwendung zu bringen. Allerdings waren diese Mittel durch die unmittelbar vorher eingegangenen Befehle, nach denen alle Gewehre, Armatur- und Bekleidungsstücke, die Feldgeschütze des Artillerie-Bataillons, sowie sämmtliche irgend entbehrlichen Kantonisten und Remonten nach Graudenz geschafft werden sollten, erheblich eingeschränkt worden. Wie bereits im I. Kapitel mitgetheilt ist, gelangten die meisten dieser Maßregeln wegen des in Südpreußen ausgebrochenen Aufstandes nicht zur Ausführung, nur der Transport der Gewehre scheint sein Ziel erreicht zu haben, mit Ausnahme von 3000 Stück, welche in Breslau verblieben waren. Gaben diese Befehle, welche allerdings die Ausführung der gestellten Aufgabe erschwerten, oder die täglich einlaufenden Unglücksnachrichten die Veranlassung, daß der Kleinmuth sich auch des Generals v. Lindener bemächtigte? Jedenfalls schloß er sein Schreiben vom 28. Oktober an die Kommandanten, in welchem er denselben den Inhalt des königlichen Erlasses mittheilte, mit den Worten:

„Wir sollen uns halten, d. h. nur dann die Festung geben, wenn wir sehen, daß man sich nicht länger, ohne unweise zu sein, halten kann",

ein Zusatz, welcher um so traurigere Folgen haben mußte, als er sich zu diesem Zeitpunkte bereits von der Invalidität der meisten Kommandanten, Bataillonskommandeure und Kompagniechefs Ueberzeugung verschafft hatte.

Seitens des Ministers Grafen Hoym geschah gleichzeitig fast Alles, um die Wehrbarmachung der Provinz zu verhindern. Eine letzte Vorstellung wegen Einberufung der Landreserve-Bataillone lehnte er am 2. November von Neuem ab. Die Masse der sich zum Eintritt meldenden Ranzionirten wurde daher abgewiesen, und am 11. November ordnete eine Provinzialverfügung sogar die Entlassung der 8300 Rekruten an, welche man vergeblich versucht hatte durch Südpreußen nach Graudenz zu bringen.

Bei der gleich nach dem Eingang der ersten Unglücksnachrichten zu Tage tretenden Unfähigkeit der obersten Behörden hatte sich ein patriotischer Mann der Provinz, Graf Pückler, zum König nach Schneidemühl begeben und demselben Vorschläge für die Wehrbarmachung der Provinz unterbreitet. Seine Majestät genehmigte dieselben und gab dem Grafen den nachstehenden Befehl vom 2. November an den Provinzialminister mit:

„Der in der Anlage enthaltene Vorschlag des Grafen Pückler, die Garnisonen der schlesischen Festungen zu verstärken, verdient die ernstlichste und schleunigste Rücksicht, weshalb ich Euch befehle, denselben ohne allen Verzug in Ausübung zu bringen und kein Geld dabei zu sparen. Die Festungen müssen, es koste, was es wolle, bis auf den letzten Mann vertheidigt werden,. und Ich werde solchem Kommandanten, der seine Schuldigkeit nicht beobachtet, den Kopf vor die Füße legen lassen."

Leider fehlte die in dem Befehl erwähnte Anlage, so daß Graf Pückler auf mündlichen Vortrag angewiesen war, und da Pückler aus unbekannt gebliebenen Gründen bereits am 13. November freiwillig sein Leben beendete, so verlief die Sache ziemlich im Sande. Immerhin gelangte die königliche Ordre zur Kenntniß mehrerer Kommandanten,

und in einzelnen Festungen wurde die Garnison auch durch Einziehung verabschiedeter und ranzionirter Soldaten verstärkt.

Einnahme von Glogau am 3. Dezember 1806.

Für Glogau war die Ausführung solcher Maßregeln nicht mehr möglich, denn bereits am 7. November hatte die Jerômesche Kavallerie den Platz eingeschlossen, welcher am 10. die Division Deroy folgte. Drei Tage darauf wurde eine Kanonade aus 42 Feldgeschützen eröffnet, welche auch an verschiedenen Stellen der Stadt Brände verursachte, der Festung aber keinen ernstlichen Schaden zufügen konnte. Da der Vizegouverneur, Generallieutenant v. Reinhart, die wiederholten Aufforderungen zur Uebergabe abwies, wurde französischerseits die Beschießung zwar fortgesetzt, gleichzeitig wurden aber Maßnahmen zur Heranschaffung von Belagerungsgeschütz getroffen. Für die am 25. nach Kalisch abmarschirenden Bayern übernahm die württembergische Division den Dienst vor der Festung, an Stelle Jerômes führte General Vandamme den Oberbefehl. Gleichzeitig mit diesem traf am 28. Oktober das Belagerungsgeschütz ein. Am 1. Dezember begann das Bombardement aus 6 Mörsern und 4 Haubitzen. General v. Reinhart, welcher die Stadt vor vollständigem Ruin bewahren wollte und die allgemeine Meinung von der Hoffnungslosigkeit längeren Widerstandes theilte, ging jetzt auf Unterhandlungen ein, infolge deren die Festung am 3. übergeben wurde und die noch gegen 3000 Mann betragende Garnison in die Kriegsgefangenschaft zog.

Ernennung eines Generalgouverneurs für Schlesien.

In dem Zeitpunkt, in welchem der Widerstand Glogaus sich bereits dem Ende zuneigte, schien ein Umschwung zu einer kraftvollen und energischen Vertheidigung der Provinz durch die Ernennung eines Generalgouverneurs eingetreten zu sein. Aehnlich wie vorher Graf Pückler hatten sich zwei patriotische Männer der schlesischen Ritterschaft, die Gebrüder v. Lüttwitz, zum Könige nach Osterode begeben, um ihm die Noth der Provinz zu schildern. Dieselben langten gerade im Hauptquartier an, als sich der König zur Fortführung des Krieges definitiv entschlossen hatte. Noch am Tage der den Herren v. Lüttwitz gewährten Audienz, am 21. November, ernannte Se. Majestät den Obersten Prinzen von Anhalt-Pleß unter Beförderung zum Generalmajor zum Generalgouverneur von Schlesien und stattete denselben gleichzeitig mit einer Vollmacht aus, nach welcher ihm alle Militär- und Civilbehörden unbedingte Folge zu leisten hatten. Zur „Assistenz“

des Prinzen bestimmte der König gleichzeitig seinen Flügeladjutanten, den Major Grafen Götzen, welcher, mit uneingeschränkter Vollmacht versehen, sofort nach Schlesien vorauseilen sollte. In dem Schreiben an Letzteren wurde als besonders wichtig bezeichnet, „die Festungen zu versorgen, die Besatzungen in denselben zu verstärken und sowohl die Rekruten als die vielen versprengten Soldaten der Armee zu sammeln und daraus, so gut es sich thun ließe, ein Korps zu bilden, das mit zur Behauptung der Provinz dienen könne".

Am 22. November wurden die Kommandanten von den obigen Ernennungen benachrichtigt und ihnen nochmals „bei Verlust ihres Kopfes" eine hartnäckige Vertheidigung der ihnen anvertrauten Plätze anbefohlen.

Graf Götzen machte sich sogleich auf den Weg, am 30. November erreichte er die schlesische Grenze und war gerade noch im Stande, eine Maßregel der Provinzialregierung zu verhindern, nach welcher die aus Südpreußen zurückgekehrten Trainpferde verkauft und die Remonten der Kavallerie an die Unterthanen gegeben werden sollten. In kraftvoller und energischer Weise unterzog sich der Graf weiter seiner neuen Aufgabe. Er ging nach Kosel, Brieg, Breslau und traf überall die nothwendigen Anordnungen. Wegen Annäherung des Feindes war er genöthigt, am 7. früh den letzteren Platz zu verlassen; der General v. Lindener und die Kammerdeputation versäumten trotz Befehls, das Gleiche mit den am Regierungssitz und in der Hauptfestung befindlichen wichtigen Papieren, Geldbeständen und vorhandenen Gewehren zu thun. Besonders das Fehlen der Letzteren machte sich bei Aufstellung der Neuformationen sehr unangenehm fühlbar. Den Anordnungen des Prinzen von Pleß, welcher, abgesehen von seinem höheren Range, schon als Besitzer der großen Standesherrschaft gleichen Namens in Schlesien eine größere Autorität besaß, wäre man wahrscheinlich pünktlicher nachgekommen. Der neue Generalgouverneur hatte es aber nicht so eilig, seinen neuen Posten anzutreten. Er richtete zunächst an den König mehrere Anfragen, auf deren eine am 28. geantwortet wurde, er möge den Grafen Hoym in der Civilverwaltung belassen. Graf Götzen, welchem diese Entscheidung zur Nachachtung übersandt wurde, sah sich hierdurch, sowie durch das immer längere Fernbleiben des Prinzen wesentlich in seiner Thätigkeit gehemmt. Besonders empfindlich machte

sich dies fühlbar bei der Ausführung des vom Grafen Götzen gefaßten Planes, Breslau zu entsetzen, bevor die wieder im Anmarsch aus Kalisch gemeldeten Bayern daselbst einträfen. In den sechs noch frei vom Feinde befindlichen Festungen der Provinz: Brieg, Kosel, Neiße, Glatz, Silberberg und Schweidnitz, war es bis Mitte Dezember gelungen, die Besatzungen, einschließlich 1200 Mann Kavallerie, auf 22450 Mann zu bringen. Wenngleich die neu formirten Truppentheile zum Theil höchst mangelhaft bewaffnet waren und noch sehr eines festen Haltes entbehrten, so erschien das Unternehmen bei der Stärke der Breslauer Garnison von 6000 Mann doch aussichtsvoll. Leider verzögerte sich das Eintreffen des Generalgouverneurs bis zum 18. Dezember, als nach den eingelaufenen Nachrichten der Feind die erwarteten Verstärkungen bereits zum Theil erhalten hatte, der günstige Zeitpunkt mithin versäumt war.

Erinnern wir uns der voreiligen Aufgabe des wichtigen Prenzlau durch den Prinzen von Pleß,[1]) ziehen seine jetzige verzögerte Ankunft und seine spätere Handlungsweise in Betracht, so kann man nur sagen, die Wahl des Königs war keine sonderlich glückliche gewesen. Wo waren aber überhaupt in dieser Unglückszeit Männer für die Uebernahme schwierigerer Posten zu finden? Wahrlich, der König befand sich gerade in diesem Punkte in einer sehr peinlichen Lage!

Entsatzversuche von Breslau.

Graf Götzen hatte unter den veränderten Umständen den Gedanken an einen Entsatz Breslaus aufgegeben, er plante nur noch einen Angriff, um auf kurze Zeit mit der Festung in Verbindung zu treten, genügend, um ein oder zwei tüchtige Bataillone hineinwerfen und um dafür die reitende Artillerie und die Vorräthe an Geld und Waffen herausziehen zu können.

Dem entgegen unterbreitete der Rittmeister v. Lüttwitz dem Prinzen den Vorschlag, die Truppen aus sämmtlichen Festungen, ausgenommen Kosel und Silberberg, herauszuziehen und mit dieser etwa 16000 Mann betragenden Macht die süddeutschen Kontingente vor Breslau aus dem Felde zu schlagen. Es sollte viel auf eine Karte gesetzt werden, aber immerhin blieb dies die einzige Möglichkeit, wirklich etwas Großes zu leisten. Bei der von Götzen vorgeschlagenen halben

[1]) II. Band, S. 236 und 254.

Maßregel war fast mit Sicherheit zu erwarten, daß eine Festung nach der anderen von dem im Ganzen schwächeren Feinde genommen werden würde.

Der Prinz lehnte den Vorschlag des Rittmeisters v. Lüttwitz ab und nahm den seines Assistenten an. Dieser ging nun im Besonderen dahin, aus den sechs Festungen die brauchbarsten Truppen in der Stärke von 6700 Mann, einschließlich 1000 Pferden und 27 Kanonen, bei Grottkau, 52 km südöstlich von Breslau, zu sammeln (siehe Übersichtskarte) und dann über Ohlau in dem schmalen Raum zwischen Oder und Ohlau gegen Breslau vorzugehen, weil man glaubte, der Feind habe diesem Abschnitt nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Da nun die Nachricht einging, daß die letzten Verstärkungen des Gegners am 28. eintreffen sollten (in Wirklichkeit war die Division Deroy bereits am 18. Dezember angelangt), so mußte der Angriff spätestens am 27. erfolgen; es blieb demnach keine Zeit, sich bei Grottkau zu vereinigen, sondern die Truppen sollten sich zunächst in zwei Kolonnen bei Strehlen und Ohlau, 35 bezw. 30 km von Breslau, sammeln und die Erstere darauf nach Ohlau marschiren. Unglücklicherweise wurden die für den 24. auf Strehlen befohlenen Marschbewegungen dem Feinde verrathen. Derselbe entsandte schnell entschlossen noch in der Nacht ein Detachement von etwa 3200 Mann unter dem General Monbrun auf Strehlen, welchem es am 24. vormittags gelang, daselbst ein Bataillon, 250 Pferde und eine Batterie preußischer Truppen auseinander zu sprengen und ihnen fünf Geschütze abzunehmen. Dieser Unfall wirkte auf den mit der anderen Kolonne noch bei Brieg befindlichen Prinzen derartig entmuthigend, daß er zunächst bis in die Gegend von Michelau zurückging und die Truppen Quartiere beziehen ließ.

Graf Götzen schlug nun vor, die 3000 bezw. nur 100 Mann stark gemeldeten Besatzungen von Strehlen und Ohlau zu vertreiben und dann bei dem erstgenannten Orte, gedeckt durch die Ohlau, eine Stellung zu beziehen, aus welcher man die Belagerung von Breslau erschweren könne und gegebenenfalls in der Lage sei, allen Festungen Unterstützungen zu senden. Der Prinz entschloß sich, am 28. morgens diesen Plan auszuführen, die Ueberbringung der Befehle verzögerte sich aber derartig, daß der Abmarsch erst am Abend erfolgte. Trotz der aufgeweichten Wege wurde die Gegend nördlich Strehlen nach einem

Marsche von mehr als sechs Meilen am 29. mittags erreicht. Vom Feinde war nichts zu bemerken. Man erfuhr, daß derselbe nach Ohlau abmarschirt sei, und daß man, irregeleitet durch den von Brieg gegen Ohlau in der Nacht vorher erfolgten Vorstoß, von Breslau noch weitere Verstärkungen dahin habe abgehen lassen. Dieses Zusammenwirken günstiger Umstände war allerdings verlockend, man stand auf einen Tagemarsch im Rücken des geschwächten und nichts ahnenden Belagerers. Brach die Besatzung Breslaus ihrerseits im rechten Augenblick vor, dann war wohl ein großes Ergebniß, vielleicht die Vertreibung des Feindes zu erhoffen. Dieses lockende Bild ließ den Prinzen übersehen, daß man den zum Theil neuformirten Truppen nach der vorangegangenen großen Anstrengung einen zweiten Nachtmarsch mit darauf folgendem Angriff nicht zumuthen konnte. Trotzdem wagte der Prinz das Unternehmen. Nach einer kurzen Ruhe in den zunächst gelegenen Ortschaften sollte am Abend von Neuem angetreten werden.

Was nun die weitere Ausführung des Zuges anbetrifft, so zeigte sie die leider uns bereits gewohnte Unfähigkeit der preußischen Führer. Durch Zurücklassung bezw. Entsendung von Detachements im Rücken und in den Flanken war das an sich schon kleine Korps auf 4000 bis 5000 Mann geschwächt. Die Infanterie theilte man in zwei Brigaden und ließ die Kavallerie vorausgehen. Die Letztere gewann einen großen Vorsprung, griff trotzdem die allerdings gänzlich überraschten Württemberger an, vermochte aber gegen Dörfer und Laufgräben nichts auszurichten. Als bei Tagesanbruch die preußische Infanterie herankam, hatte sich der Gegner bereits gesammelt; der Prinz suchte die Kavallerie von Neuem zu ordnen und verabsäumte darüber ein Zusammenwirken der beiden getrennten Brigaden herbeizuführen. Der erhoffte Ausfall der Breslauer Garnison unterblieb, kurz das Gefecht nahm bald eine ungünstige Wendung, und der Rückzug mußte angetreten werden. Bei der großen Erschöpfung der Mannschaften lösten sich einzelne neugebildete Truppentheile fast vollständig auf.

Der Fall von Breslau am 5. Januar 1807.

Die Versuche gegen den Feind vor Breslau waren gescheitert. Die Belagerung hatte den bisher fast zur Regel gewordenen Verlauf genommen. Nach der Einschließung am 7. Dezember hatte das Bombardement der Stadt am 10. begonnen und war mit kurzen Unterbrechungen fortgesetzt worden. Alle Aufforderungen zur Uebergabe waren anfangs

von dem Gouverneur, Generallieutenant v. Thile, abgewiesen. Gegen Ende Dezember begann aber, anscheinend unter dem Einfluß des Generals v. Lindener, das Parlamentiren. Höchst auffallend war das Verhalten des Gouverneurs am 30. Dezember, als ihm die wiederholte Meldung über das Gefecht des Prinzen v. Pleß mit dem Bemerken zuging, daß es sich wahrscheinlich um einen Entsatz handele. General v. Thile versuchte sich nicht selbst Ueberzeugung zu verschaffen, glaubte entgegenstehenden Ansichten und versammelte erst um 11 Uhr die Garnison, um für den Fall, daß der Feind geschlagen würde, einen Ausfall zu machen. Nachdem die Hoffnung auf Entsatz fehlgeschlagen war, nahm die Sache eine schnelle Entwickelung, bereits am 5. Januar wurde die Kapitulation unterzeichnet, und am 7. zogen die Belagerungstruppen, an ihrer Spitze der zu diesem Zweck aus Warschau zurückgekehrte Jerôme, durch die eroberte Stadt.

König Friedrich Wilhelm wendet sich in öffentlichen Erklärungen am 1. Dezember 1806 an Armee und Volk.

Wir begeben uns jetzt an das Hoflager des Königs Friedrich Wilhelm, welches derselbe nach der Rückkehr aus Pultusk nach Ortelsburg verlegt hatte. Ein von dort unter dem 1. Dezember datirtes „Publikandum“[1]) an die Armee legt Zeugniß von der entschiedenen Stellung ab, welche der Monarch, nachdem er einmal den Entschluß zur Fortsetzung des Krieges gefaßt, eingenommen hatte. Eine ganze Reihe von Offizieren, welche sich Pflichtvergessenheiten in dem bisherigen Feldzuge hatten zu Schulden kommen lassen, wurden ohne Abschied entlassen, der Gouverneur und der Kommandant von Stettin kassirt und Oberst v. Ingersleben für die schmähliche Uebergabe von Cüstrin sogar „zum Arquebusiren kondemnirt“ (zum Tode durch Erschießen). Es wurden aber nicht nur Strafen verhängt und angedroht, sondern auch Belohnungen für ausgezeichnete Dienste verheißen. Unteroffiziere und Gemeine sollten für selbige während der Dauer des Krieges „so gut wie der Fürst“ zum Offizier befördert werden; den Wittwen der mit Ehren vor dem Feinde Gefallenen wurden Pensionen zugesichert. An demselben Tage erschien eine Erklärung in der Königsberger Zeitung,[2]) mit deren warmen und innigen Worten der König hoffen durfte, den Weg zu den Herzen seiner Unterthanen zu finden.

[1]) Henckel, 52.

[2]) Zum Theil bei Lehmann I, 475.

Wichtiger als diese Erlasse für den Fortbestand Preußens mußte es sein, wem der König nach dem Fortgang des Grafen Haugwitz die Geschäfte des Auswärtigen Amtes anvertrauen würde. Nachdem definitiv die russische Partei ergriffen war, sollte man glauben, die Wiedereinsetzung Hardenbergs, welcher seine Stelle nur unter dem von Napoleon geäußerten Druck aufgegeben und dann die Verhandlungen mit Petersburg geführt hatte, wäre selbstverständlich gewesen. War es der Einfluß des Hardenberg feindlich gesonnenen Kabinetsraths Beyme, oder wollte der König doch nicht gerade eine Napoleon unangenehme Persönlichkeit wählen, jedenfalls wurde zunächst nicht an ihn gedacht, sondern noch am 21. November dem Freiherrn vom Stein die Stelle angetragen. Obgleich derselbe in Rücksicht auf seinen leidenden Gesundheitszustand und mangelnde Kenntniß Rußlands und von dessen leitenden Personen ablehnte, übertrug ihm der König dennoch am 29. November interimistisch die auswärtigen Geschäfte. Stein, welcher sich nach Königsberg begeben hatte, führte am 3. Dezember in einer längeren Auseinandersetzung[1]) die Gründe an, welche ihm die Annahme dieses wichtigen Postens zur Unmöglichkeit machten. Mit großem Freimuthe kam er auf die vor Beginn des Krieges dem König gemachten Vorstellungen gegen die Kabinetsregierung[2]) zurück. In Näherem führte er aus, daß die Thätigkeit eines auswärtigen, wie jedes anderen Ministers „fruchtlos" bleiben müsse, wenn sich zwischen die obersten Staatsdiener und Se. Majestät eine Gewalt ohne alle Verantwortung eindränge. Im Uebrigen verwies er auf Hardenberg als auf einen für dieses Ministerium vorzüglich geeigneten Mann.

Verhandlungen mit Stein, um diesen zur Uebernahme des Ministeriums für äußere Angelegenheiten zu veranlassen.

Stein wußte, wie sehr ungnädig der König den in dieser Richtung früher gethanen Schritt aufgenommen hatte, augenscheinlich berührte dieses Eingreifen in das Selbstbestimmungsrecht des Monarchen eine der empfindlichsten Seiten bei Friedrich Wilhelm. Trotz der großen Verlegenheit, in welche der König durch dieses erneute Ablehnen Steins gerieth, wurde es Beyme, welcher seine einflußreiche Stelle nicht aufgeben wollte, wahrscheinlich leicht, diesen vom König als Eingriff in die Prärogative der Krone gefühlten Vorschlag zu pariren. Geschehen mußte aber etwas, denn daß ein untergeordneter Beamter wie Beyme

[1]) Pertz I, 363.
[2]) Band I, 100.

auf längere Zeit der That nach die auswärtigen Angelegenheiten leitete, war unthunlich. Der im königlichen Hauptquartier anwesende russische Geschäftsträger Freiherr v. Krüdner wagte z. B. ohne besondere Erlaubniß seines Hofes nicht, mit demselben zu verhandeln. Der König beschloß unter diesen Umständen, zwar das Kabinet beizubehalten, ließ aber durch Beyme einen Plan ausarbeiten, nach welchem die drei wichtigsten Minister, die des Innern, des Krieges und der auswärtigen Angelegenheiten, in allen großen Fragen direkt mit dem Staatsoberhaupt in Berathung treten sollten.

Der König, welcher seit dem 7. in Wehlau residirte, begab sich am 10. nach Königsberg, wo der wieder genesene und soeben zum Generalgouverneur von Preußen ernannte Rüchel ihm eine aus gemeinsamer Berathung mit Stein und Hardenberg hervorgegangene Denkschrift am 14. überreichte, nach welcher durch Vereinigung der drei genannten wichtigsten Ministerien eine neue Behörde, „das Kabinetsministerium", geschaffen werden, das bisherige Kabinet aber abgeschafft werden sollte. Die hierauf folgenden Berathungen erhielten eine neue Wendung durch die Rückkunft von Lucchesini und Zastrow, welch Letzterer, wie wir wissen, aus der mit Napoleon in Posen gepflogenen Unterhaltung von Neuem die Hoffnung auf den Erfolg von Friedensverhandlungen geschöpft hatte. Hardenberg erschien nun für das Auswärtige ganz ungeeignet, und nachdem derselbe abgelehnt hatte, das Innere zu übernehmen, erging kurzer Hand am 19. ein Kabinetsbefehl, nach welchem Zastrow, Rüchel und Stein zu Ministern des Auswärtigen bezw. des Krieges und des Innern ernannt wurden. Da das Kabinet nicht beseitigt wurde, lehnte Stein auch diesen Posten ab und erhielt ein äußerst ungnädiges Schreiben,[1]) in welchem er „als ein widerspenstiger, trotziger, hartnäckiger und ungehorsamer Staatsdiener" bezeichnet wurde. Stein erbat und erhielt hierauf seine Entlassung.

Der König läßt sich durch den am 19. Dezember zum Minister des Auswärtigen ernannten General v. Zastrow bestimmen, Alexander von Neuem Verhandlungen mit Napoleon vorzuschlagen.

Die Wahl des Generals v. Zastrow zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten war keine glückliche. Der Gesandte v. Schladen urtheilt über ihn, wie folgt:[2]) „Der General v. Zastrow ist in keiner Hinsicht für die Stelle geeignet ... und hat den Verbündeten schon deshalb mißfallen, weil er mit dem Auftrage, den Frieden zu unterhandeln,

[1]) Pertz I, 392.
[2]) Schladen, 84.

zu Napoleon gesandt wurde, und die Wahl, welche gegenwärtig auf seine Person fällt, muß Mißtrauen erregen und für ein Zeichen gelten, man wolle noch immer unterhandeln. Uebrigens wird seine Unerfahrenheit ihn stets von den Ansichten des Marquis Lucchesini und selbst von Beyme abhängig erhalten. . . ." Schladen sollte mit diesen am 21. Dezember geschriebenen Worten leider Recht haben, denn bereits am folgenden Tage schlug der König in einem Handschreiben Kaiser Alexander vor, gemäß der von Napoleon an Zastrow gemachten Eröffnungen von Neuem in Unterhandlung zu treten. Gegenüber den von Talleyrand am 16. November und von Alexander abgelehnten Vorschlägen erschienen dem König die jetzigen Worte Napoleons, „wenigstens einen reellen Vortheil insofern zu bieten, als sie die Zustimmung enthielten, in ein und derselben Verhandlung den gemeinsamen Frieden mit Rußland, England und Preußen anzubahnen". Welchen Werth konnte die weitere Versicherung des Königs, die militärischen Operationen müßten natürlich inzwischen mit aller Energie fortgesetzt werden, für Alexander bei dieser anscheinend unüberwindlichen Neigung zu einem friedlichen Ausgleich haben? Hatte er doch erst auf die Sendung von Phull am 30. November erwidert: „Er (der König) möge sich stets erinnern, daß der unglücklichste Krieg in seinen Resultaten weniger verhängnißvoll werden könnte als ein durch den unerbittlichsten Feind diktirter Friede."

Ueberbringer des Königlichen Schreibens nach Petersburg war Oberstlieutenant v. Krusemarck, dessen Reise nicht etwa geheim gehalten, sondern Talleyrand notifizirt wurde. Die unmittelbare Folge war, daß der soeben eingetroffene Lord Hutchinson beschloß, auf keine bestimmten Abmachungen einzugehen, bevor nicht der Erfolg dieser Sendung bekannt sein werde.

An Stelle der am 21. November gewonnenen entschiedenen Haltung war also von Neuem ein Zustand des Hangens und Bangens getreten. Wenn bei dieser Wandlung auch aller Wahrscheinlichkeit nach die Charaktereigenschaften des Königs ausschlaggebend gewesen sind, so muß andererseits anerkannt werden, daß die Hülfeleistung des einzigen augenblicklichen Verbündeten sich wenig verheißungsvoll erwiesen hatte und Alles befürchten ließ. Die Nachricht im Anfang Dezember vom Aufgeben der Weichsel durch Bennigsen wurde in der Umgebung des

Königs als ein Zeichen angesehen, daß man russischerseits die Absicht habe, Preußen ohne Schwertstreich dem Feinde zu überlassen. Wenn Bennigsen auch darauf von Neuem vorrückte, so war Thorn doch ganz unnöthigerweise verloren gegangen; ein darauf am 16. Dezember geschriebener Brief des Majors v. Knesebeck aus dem russischen Hauptquartier entwarf eine sehr traurige Schilderung der dort herrschenden Zustände: Uneinigkeit und Eifersucht bei den Feldherren, Frechheit, Ungehorsam und Raubsucht bei den Soldaten u. s. w. Ist es da zu verwundern, wenn der König nicht alle Brücken mit dem gewaltigen Eroberer abbrechen wollte? Der Fehler war nur, daß er sich nach wie vor über den Charakter dieses Mannes täuschte, Großmuth oder Achtung vor dem Unglück lagen der Seele desselben gänzlich fern. Dem Staatsmann und Feldherrn Napoleon soll damit aber kein Vorwurf gemacht werden, denn mit dem verkleinerten und tief gekränkten Preußen war auf dauernde Versöhnung nicht zu rechnen, und daher war es von ihm richtig, die militärische Uebermacht völlig auszunutzen.

Die Nachrichten über den nach den Gefechten von Soldau und Pultusk angetretenen Rückzug veranlassen den König, am 6. Januar 1807 nach Memel zu gehen.

Die Ereignisse schienen denen, welche von einem Frieden mehr erwarteten als von der Hülfe der Russen, Recht geben zu wollen, denn Knesebeck hatte Königsberg seit kaum acht Tagen verlassen, als die ersten Botschaften von den Kämpfen bei Czarnowo und Nasielsk eintrafen. Vorläufige Berichte von Chlebowski und Knesebeck aus dem russischen Hauptquartier äußerten die Besorgniß, daß im Falle eines allgemeinen Kampfes die Russen gänzlich geschlagen werden und genöthigt sein würden, dem Feinde ganz Preußen zu überlassen und nach Rußland zurückzukehren. Mit Spannung erwartete man neue Nachrichten. Da überbrachte Rittmeister v. Wrangel am 31. Dezember den Bericht Bennigsens über den Sieg bei Pultusk. Die erste Freude wurde aber durch die begleitenden Erzählungen des Ueberbringers sehr gedämpft. Nach diesen befände sich das russische Heer wegen Mangels an Lebensmitteln bereits auf dem Rückzuge, und Alles zeige die Absicht an, nach Rußland zurückzugehen. Hierauf sandte der König sofort den Kapitän v. Schöler zum russischen Oberbefehlshaber, um ihn zu beschwören, wenigstens in eine Stellung bei Johannisburg zu gehen, welche Ostpreußen decke; an Lebensmitteln solle alles nur Mögliche geliefert werden.

Von dem l'Estocqschen Korps erfuhr man den Verlust von Soldau und den Rückzug auf Neidenburg, der im Weiteren bis Anger-

burg fortgesetzt wurde. Der direkte Weg nach Königsberg stand damit dem Feinde offen, und als nun Nachrichten von dem Vordringen des Neyschen Korps über Guttstadt eingingen, sah sich der König veranlaßt, am 6. mit seiner hohen Gemahlin und der ganzen Umgebung nach Memel zu gehen. Ein Theil der noch vorhandenen Gelder und andere Kostbarkeiten wurden zu Schiff nach Kopenhagen geschickt. Gleichzeitig wurde General l'Estocq veranlaßt, aus seiner Stellung von Angerburg gegen die Straße Guttstadt—Königsberg zum Schutz der preußischen Hauptstadt vorzurücken. Wie bereits früher bemerkt, wurde hierdurch der Wiederbeginn der Feindseligkeiten veranlaßt und ein neuer Abschnitt des Feldzuges begonnen.